

Preußen.

Berlin, 11. Sept. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem türkischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Ali Pascha, den schwarzen Adler-Orden zu verleihen.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Den Ober-Post-Directoren, Geheimen Post-Räthen Balde in Potsdam, Pict in Königsberg i. Pr., Schulze in Berlin und Friedrich in Düsseldorf den Rang der Räte dritter Klasse; sowie dem Kaufmann und Fabrikbesitzer Dr. Isaac Cohn in Breslau den Charakter als Commissions-Rath zu verleihen.

[Se. Majestät der König] machten heute Früh Ihrer königl. Hoheit der Frau Prinzessin Friedrich der Niederlande vor höchstlicher Abreise einen Abschiedsbesuch, empfingen um 10 Uhr den General-Lieutenant und General-Adjutanten von Alvensleben, um 10 den Vortrag des Polizei-Präsidenten, um 11 den des Civilcabinet und um 12 Uhr den des Haus-Ministers. Am 3 Uhr findet zur Feier des Namensfestes Sr. Majestät des Kaisers Alexander II. von Rußland im königlichen Palais ein Diner statt, zu welchem u. A. die Mitglieder der russischen Gesandtschaft, die hier anwesenden kaiserlich russischen Offiziere, so wie die Mitglieder der Bundes-Inspection Einladungen erhalten haben. Um 5 Uhr hat der Minister-Präsident Vortrag und um 7 1/2 Uhr wird Se. Majestät mit dem Courierzuge nach Geldern abreisen, der morgenden Zubehörfest dort beizubehalten, und Sonntag Abend wieder in Berlin eintreffen. Das Reisegefolge Sr. Majestät wird aus dem General-Adjutanten, General-Lieutenant von Alvensleben, den Flügel-Adjutanten, Oberst-Lieutenant von Strubberg und Major Graf von Rantz, dem Leibarzt Dr. Lauer und dem Geheimen Hofrath Bock bestehen.

[Das zweite Schreiben des Grafen Schwerin] lautet nach der „B. A. Z.“ wörtlich wie folgt:

„So sehr ich auch der „Kreuzzeitung“ für den „Leichenstein“, den sie für mich in Bereitschaft hat, zu Dank verpflichtet bin, und so gering andererseits meine Meinung ist, mich mit ihr in eine fernere Discussion über das Schreiben einzulassen, das ihr als „eine Reclame des Grafen Schwerin“ erscheint, ich auch sonst nicht Veranlassung habe, über die Gründe der Veröffentlichung dieses Schreibens mich weiter zu verbreiten; — so muß ich der „Kreuzzeitung“ in dem Punkte Recht geben, daß daselbe etwas veraltet ist. Wäre es heute geschrieben, so hätte es allerdings noch den Satz enthalten müssen:

Wie sehr auch alle Parteien in Preußen einig sein mögen in der Verwerfung der österreichischen Bundesreformprojecte, so kann doch diese Frage von Einfluß bei den nächsten Wahlen auf die Stellung der verschiedenen Parteien zu einander und zu der Staatsregierung nicht sein, vielmehr werden hier allein die Stellung zu der Verfassung und zu den Fragen der Organisation im Innern des Staats maßgebend bleiben müssen.

Pökar, 10. September. Graf v. Schwerin-Pökar.

[Berichtigung.] Die „B. A. Z.“ schreibt: „Die gestrige Insinuation der „Kreuzzeitung“, als habe der Staatsminister a. D. v. Auerwald, im Gegensatz gegen seinen alten Parteigenossen Grafen Schwerin, in irgend einer Weise die Verordnung vom 1. Juni gebilligt, oder sich für die Genehmigung derselben durch den Landtag ausgesprochen, ist völlig aus der Luft gegriffen.“

[Berichtigung.] Der „Köln. Ztg.“ geht folgende amtliche Berichtigung zu:

Die „Köln. Zeitung“ enthält in Nr. 246 eine Correspondenz aus Berlin (unter dem Zeichen #), in welcher angeblich „aus verlässlicher Quelle“ behauptet wird, die Regierung habe im August in Folge des Vorgehens Österreichs in der deutschen Frage die Wiederberufung des Landtags für notwendig gehalten, — der Ministerpräsident habe die betreffenden Verfügungen von Seiten aus erlassen, — zur Beschleunigung der Einberufungsarbeiten seien dem Geh. Kanzlerathe Bleich, Bureauchef des Abgeordneten-Hauses, zwei Beamte aus dem Ministerium des Innern zur Verfügung gestellt worden, — nach 14 Tagen sei der Plan wieder aufgegeben worden, und die Beamten ins Ministerium des Innern zurückgekehrt, — man habe sich damals erst durch weitere Erwägungen von der Nothwendigkeit überzeugt, die Kammer aufzulösen, — und sei zu dem Entschlusse gekommen, die Auflösung spätestens im Oktober auszusprechen, damit die neu zu wählende Kammer im Januar t. J. zusammentreten könne. — Obwohl die Unrichtigkeit dieser Mittheilungen im Wesentlichen schon durch die Ausführungen des Zentrumsrichters des königlichen Staatsministeriums vom 2. d. Mts. constatirt ist, so wird doch mit Rücksicht auf die Bestimmtheit obiger Angaben hierdurch erklärt, daß dieselben von Anfang bis zu Ende lediglich erfunden sind.

[Zu den Wahlen.] Die „Provinzial-Correspondenz“ (das zur Benutzung der Kreis- und Lokalblätter bestimmte gouvernementale Organ) widerspricht den vielfachen Gerüchten, als seien vor den Wahlen noch erhebliche Maßregeln seitens der Regierung im Wege der Berordnung zu erwarten. Sie fügt hinzu:

„Die Regierung hat seit dem Schlusse des Landtages nur eine wichtige Maßregel ergriffen: sie hat durch die Pressverordnung dem früheren zugelassen und lebensfähigen Treiben der Zeitungen eine Mäßigung auferlegt. Sie hegt das Vertrauen, hierdurch auf die Beruhigung der öffentlichen Meinung so weit gewirkt zu haben, um eine unbefangene Würdigung ihres Schreibens erwarten zu dürfen. Die Regierung darf überdies die Zukunft hegen, daß die lgl. Beamten im vollen Bewußtsein ihrer besonderen Pflicht und Verantwortung, sowie der Ansprüche, welche die Regierung des Königs an sie zu machen berechtigt und entschlossen ist, überall die ihr Stellung gemäßen handeln und, so viel an ihnen ist, dem irreleitenden Treiben der regierungsfeindlichen Parteien entgegenzutreten werden. Sichtlich wird die jetzige Regierung nirgends auch nur einen Augenblick dulden, daß Beamte sich an solchem Treiben betheiligen. Die Regierung hat durch die That gezeigt, daß sie das Ansehen und die einheitliche Kraft des königlichen Regiments auch in dieser Beziehung mit allem Nachdruck zu wahren gewillt ist. Vor Allem aber ist zu hoffen, daß der wiedererwachte gesunde Sinn des Volkes selbst erkennen werde, wie eine Wiederholung des bisherigen Verhaltens der Landesvertretung nur zur weiteren Verwirrung unserer Verhältnisse, zur muthwilligen Gefährdung unseres Verfassungslebens und zur Schwächung der Machtstellung Preußens führen könnte. Deshalb werden, so Gott will, alle gesunden Elemente des Volkes sich vereinigen, um Wahlen zum Frieden und Heil des Vaterlandes zu vollziehen.“ (Das hoffen wir auch. D. Red.)

[Zu den Wahlen.] Man ist hier natürlich allgemein darauf gespannt, wie sich die Regierung bei den bevorstehenden Neuwahlen zum Hause der Abgeordneten verhalten wird. Da kein neues Wahlgesetz erlassen wird, da man an das Volk appelliren will und auf dieses baut, so hofft man hier, daß auch die Regierung sich den Beeinflussungen auf die Beamten bei der bevorstehenden Wahl enthalten wird. Man hofft dieses um so mehr, als das liberale Ministerium, zu dem Graf Schwerin im Jahre 1861 gehörte, während seiner Herrschaft — und es hatte dieses Ministerium doch einen großen Anhalt und Anhang — jede Beeinflussung bei den Wahlen verbot.

Gerade dieses Circulär ist in den letzten Tagen vielfach erwähnt

worden, und scheint es von besonderem Interesse zu sein, die Kraftstelle nochmals mitzutheilen.

Nachdem verschiedene Grundlagen erwähnt sind, heißt es wörtlich: „Diese Grundlage bedingt ihren Werth und bezeichnet zugleich die Grenze, welche die Einwirkung der Regierung auf die Wahlen innehalten muß. Die Thätigkeit ihrer Organe hat also hauptsächlich darauf sich zu richten, in geeigneter, ihrer Würde angemessener Weise die Handlungen und Absichten der Staatsregierung, wie solche aus ihrem bisherigen Verhalten ersichtlich sind, in deren Sinne darzulegen und zu erklären, um zu berichtigten, aufzuklären und zu überzeugen, und auf diese Weise ungeeignete Beeinflussung der Wähler fern zu halten. Die Staatsregierung glaubt aber nicht, daß ein ihren Erwartungen äußerlich entsprechendes Resultat der Wahlen auch dann einen Werth besitzt, wenn dasselbe durch Mittel herbeigeführt werde, welche einen Einfluß auf die Wahlen auszuüben beabsichtigen. Solche Wahlen gewähren der Regierung auf die Dauer keine Stütze, sie verlegen überdies das Gesetz, sie untergraben die Achtung vor demselben und somit die Autorität der Staatsgewalt, und ich unterlasse deshalb deren Anwendung auf das Bestimmteste.“ Berlin, den 10. October 1861.

Der Minister des Innern: Graf v. Schwerin.

[Wahlaufruf.] Die „Kreuztg.“ bringt heute einen geharnischten Aufruf aus der Feder des Herrn v. Gerlach; Gideon, der „streitbare Held“, spielt darin auch eine Rolle. Wir theilen folgende Stelle mit: „Geht der nächste Landtag zu Ende wie der letzte, so wird — wir dürfen es hoffen — die Regierung dennoch nicht weichen; sie darf, sie wird Heer, Vaterland und Königthum dennoch nicht aufgeben. Aber umschauen wird sie dann nach der treuen Minderheit, als nach einer festen Stütze. Sollen wir dann ermattet ihr gegenüberstehen, entwöhnt vom Kampfe, unorganisiert, verzagt? Oder erheischt, gesammelt, geübt durch treu und ehrenhaft geschlagene Schlachten? Besonders sollte noch die jetzige deutsche Krisis uns aufweden zu entschiedenem feistigen Eintreten in die Wahlschlacht.“ (Interessant — diese plötzliche Kofetterie der Kreuzzeitungspartei mit der deutschen Frage; sehr interessant das. D. Red.)

[Dem neu zu wählenden Abgeordnetenhaus] fällt in Sachen der Staatsregulirung eine Arbeitslast zu, wie sie vor ihm eine preussische Kammer noch nie zu bewältigen hatte, und darum kann von geheimer Erledigung allein derjenigen Vorlagen, welche das Finanzministerium an das Haus zu bringen hat, nur die Rede sein, wenn das Land Männer mit einem Mandate betraut, die in solcherlei Arbeiten schon Übung haben. Es kommen als unerlässlich an die neue Kammer Vorlagen, welche nicht weniger als sieben Finanzjahre umfassen. Aus dem Jahre 1859 resirt noch die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt mit den Bemerkungen der Oberrechnungskammer nebst Uebersichten von den vorgekommenen Staatsüberschreitungen. Dasselbe gilt vom Jahre 1860. Hierzu kommt die Nachweisung der bei dem Staatshaushaltssat des Jahres 1861 einschließlich der hohenzollernschen Lande vorgekommenen Ueberschreitungen des Etats und derjenigen extraordinären Ausgaben, welche im Etat für das Jahr 1861 nicht vorgesehen sind. Ferner bedarf der Etat pro 1862 der nachträglichen geselligen Regelung. Der Etat pro 1863 bildet die Hauptaufgabe der Kammer und an ihn schließt sich unmittelbar an der Etat pro 1864. Endlich hat sich das Haus der Abgeordneten, sobald es mit diesen Arbeiten fertig ist, die natürlichste Weise zum größten Theil erst im Jahre 1864 absolvirt sein können, noch mit der Feststellung des Etats pro 1865 zu befassen. Laut Zusage der Regierung vom vorigen Jahre sollte inskünftige dafür gesorgt werden, daß der hierauf bezügliche Art. 99 der Verfassung zur Durchführung gelangt. Zu all' diesen theils sehr umfassenden, theils sehr schwierigen Arbeiten kommt im nächsten Jahre noch die Prüfung der Vorlage über die allgemeine Rechnung aus dem Jahre 1862. Diese acht Finanzgesetzentwürfe verstehen sich von vorn herein von selbst; auch können sie zum allergrößten Theile im Interesse unserer Finanzverwaltung gar keinen weiteren Aufschub mehr erleiden. (Magd. Ztg.)

[Freisprechung.] Dr. G. B. Oppenheim, Redacteur der „Deutschen Jahrbücher“ wurde gestern von dem Kammergericht (Präsidenten: Büchtemann) in zweiter Instanz von einer Anklage wegen Majestätsbeleidigung freigesprochen, die sich auf einen Artikel im Januarheft der „D. J.-B.“ bezog, in welchem nach der Ansicht der Staatsanwaltschaft die Kabinettsordre vom 3. und 24. Dezember, welche kein Minister gegengezeichnet hatte, einer unehrerbietigen Kritik unterzogen worden wäre. Nach einer berechneten Vertheidigung des Rechtsanwalts Schwarz bestätigte das Kammergericht das Urtheil erster Instanz.

Frankfurt a. O., 11. Sept. [Zur Ankunft des Königs.] Für die hiesige Stadt ist ein Comité aus den angesehensten Personen der Bürgerschaft zusammengetreten, um Se. Majestät den König zu einem Festmahl einzuladen. Se. Majestät haben die Einladung huldvollst annehmen, da Sie jedoch in Frankfurt nicht zu übernachten gedenken, den Wunsch auszusprechen geruht, daß die Königstreuen in Frankfurt sich mit den Ständen des Reiches Lebus zu dem von diesen bereits angebotenen Feste vereinigen.

Brandenburg a. d. S., 10. Septbr. [Ein Wahlsieg.] Bei den heutigen Magistratswahlen sind die streng Conservativen Ober-Bürgermeister Brandt und Bürgermeister Sprengel nicht wieder gewählt worden. Brandt erhielt 18 Stimmen; der Candidat der Fortschrittspartei, Bürgermeister Müller aus Köslin, 26 Stimmen. Sprengel erhielt 15 Stimmen; der Candidat der Fortschrittspartei, Syndikus Neukirch aus Landsberg a. W., 26 Stimmen. Der bisherige Stadt-Syndikus Spitta ist mit 28 Stimmen wieder gewählt worden. Der Candidat der Conservativen, Assessor Giehorn aus Wittenberg, erhielt nur 12 Stimmen. Gegen den Ober-Bürgermeister Brandt soll man besonders angeführt haben, daß er der Adresse des Herrenhauses an Se. Maj. den König seine Zustimmung gegeben habe. (N. Pr. Z.)

Unna, 9. Sept. [Verwarnung.] Der „Hellweger Vot“ hat die erste Verwarnung, die zugleich die erste ist, welche Hr. v. Holzbrink erteilt, empfangen. Sie lautet: „Die in Ihrem Verlage erscheinende Zeitung „der Hellweger Vot“ enthält im Eingange des ersten Artikels der Nummer 69 d. J. eine Bemerkung über Se. Maj. den König, welche die Allerhöchstherrschaften schuldige Ehrfurcht verleiht, ferner in der Nr. 68 im vorletzten Alinea des Artikels „Mundschau“ gehässige Aeußerungen über den Hrn. Ministerpräsidenten v. Bismarck, so dann im ersten Artikel der Nummer 66 einen verhöflichen Angriff auf die bestehenden Militär-Einrichtungen. Da derartige fortgesetzte Kundgebungen nach § 1 der allerhöchsten Verordnung vom 1. Juni d. J. betreffend das Verbot von Zeitungen und Zeitschriften, eine öffentliche Wohlthat gefährdende Haltung des Blattes darthun, so finde ich mich veranlaßt, Ihnen auf Grund des § 3 jener Verordnung hierdurch eine Verwarnung zu er-

theilen. Arnberg, den 4. Sept. 1863. Der Regierungs-Präsident: Wirkl. Geheimer Rath v. Holzbrink.

An den Verleger des „Hellweger Vot“ Hrn. Fr. Holz zu Unna.“ Soest, 8. Sept. [Zu den Wahlen.] Da die Wiederwahl unserer Abgeordneten, der Herren v. Bodum-Dolffs und Major a. D. v. Beiske, keinem Zweifel unterliegt, so dürften diesmal die gewöhnlichen größeren Vorberatungen in Wegfall kommen. Höchstens wird man in den einzelnen Urwählerbezirken den früheren Wahlmännern die Frage vorlegen, ob sie geneigt sind, unsere bisherigen Abgeordneten wiederzuwählen. Auf die bejahende Antwort, was durchgehend angenommen werden kann, würden sich die Urwähler bereit erklären, die früheren Wahlmänner wiederzuwählen. Der Wahlact wird rasch beendet sein. In den übrigen Wahlkreisen wird man ohne Zweifel in gleicher Weise handeln. (Aus anderen Orten wird Gleiches gemeldet. D. Redact.)

Pippstadt, 7. Sept. [Pulver und Leute, die es nicht erfinden haben.] In vergangener Woche hatte die hiesige Polizei erfahren, daß 700 Pf. Pulver im Keller des Spediteur Besser lagern sollten. Sofort wurde bei dem Spediteur polizeiliche Nachfrage gehalten, ob dieses wahr sei, worauf der z. Besser erwidert haben soll, es seien Fässer in seinem Keller, die Pulver enthalten sollten. Der Besser erhält nun Befehl, das Pulver fortzuschaffen und wurde ihm eine Strafe von 5 Thlr. dictirt. Die Fässer wurden am Mittwoch Nachmittag unter polizeilicher Begleitung nach dem vor dem Pippsthor gelegenen Garten des Spediturs gebracht. Als andern Tages der polizeiliche Befehl an Besser kam, 5 Thlr. Strafe zu bezahlen, das Pulver confiscirt werden solle, erklärte derselbe, daß man vorerst die Fässer untersuchen möge, ob auch wirklich Pulver darin enthalten sei. Man untersuchte, und siehe da — in den Fässern war statt Pulver — Kohlenasche. Wäre Krafti-Batschi in unserer Stadt gewesen, dann könnte man vielleicht diese Escamotage erklärlich finden; jetzt wird es Sache der Polizei sein, das escamotirte Pulver ausfindig zu machen. — Man spricht viel von einer Petition zur gänzlichen Beseitigung des vorläufig außer Amt gestellten Oberlehrers Uhlemann, für welche ein Gewisser Unterschriften zu sammeln bemüht ist. Von vielen Pippstädtlern, denen derselbe seine Petition zur Unterschrift vorlegte, mit Entrüstung abgewiesen, soll er doch 12 Unterschriften bekommen haben. Der strebame Subscribenten-Sammler — so erzählt man uns — sei auch zu einem hiesigen Bürger gekommen, um dessen Unterschrift für seine Petition zu erlangen, doch sei ihm dieselbe vorerst verweigert worden, als er aber gleich darauf dem Bürger andeutete, daß Uhlemann es sei, welcher im „Patrioten“ gegen die Dörsen geschrieben habe, soll derselbe die Feder mit den Worten genommen haben: „Nu, wän't so is, dann mott he weg!“

Nachen, 9. Sept. [Königin Victoria.] Heute Früh gegen 4 Uhr traf Ihre Majestät die Königin Victoria mittelst Extrazuges in der Richtung von Köln hier ein und setzte nach kurzem Aufenthalt ihre Reise nach Brüssel weiter fort. (Nach. Ztg.)

Deutschland.

Stuttgart, 7. Sept. [Thätigkeit der Fortschrittspartei.] Dem Vernehmen nach wird die württembergische Fortschrittspartei in nächster Zukunft eine Reihe von Bezirksversammlungen veranstalten, um Angelegenheiten der Uebertreibungen in München und der neuesten preussischen Dinge die Beschlüsse des Abgeordnetentags, so viel in ihren Kräften liegt, von ihrem Anhang sanctioniren zu lassen. Andererseits will man auch dem preussischen Volke sagen, daß, wie man denn zu ihm, dem bewährten, alles Vertrauen habe, man mit dem Abgeordnetentage seiner Nachstellung alle gerechte Rechnung trage. Für eine derartige öffentliche Kundgebung ist bei uns viel Boden vorhanden und eine starke Theilnahme des Volkes sicher, da, wie nicht zu bestreiten, die in diesem Sinne gefaßten Resolutionen des Abgeordnetentages höchst populär geworden sind.

Oesterreich.

Lemberg, 8. Sept. [Aus den Gefängnissen.] Herr Alfred Hubzgnski wurde am 6. d. nach vorgenommener Revision auf seinem Landstige Stauin verhaftet und nach Lemberg transportirt, wo er im Strafgefängnisse untergebracht wurde. General Wpsocki wird noch immer hier im Polizei-Gebäude in Verhaft gehalten. Er ist nicht in der Lage, entsprechende Bewegung im Freien machen zu können, was auf seinen Gesundheitszustand beeinträchtigend wirkt. Den Bemühungen des Dr. Kobakowski ist es gelungen, zu erwirken, daß dem General statt des bisherigen unfreudlichen und unbequemen Zimmers im Erdgeschoße eine lichtere Wohnung im zweiten Stockwerke eingeräumt wurde. Bei dem hiesigen k. k. Strafgerichte sind, dem Vernehmen nach, mehr als 300 Prozesse wegen Unterstützung des polnischen Aufstandes im Zuge. Fürst Sapieha's Ansuchen, gegen Caution auf freien Fuß gesetzt zu werden, ist vom k. k. Ober-Landesgerichte abweislich beschieden und der Recurs des Bittstellers an den obersten Gerichtshof verworfen worden. (Presse.)

Italien.

[Sicilianische Zustände.] Der in Palermo erscheinende „Corr. Sicil.“ meldet unter dem 1. Sept.: „Gestern Nachts drangen in der Straße Ralfomele gegen 30 Strolche in das Haus eines gewissen Vitale und raubten ihm 300 Unzen, mißhandelten ihn, seine Frau und seinen Sohn auf barbarische Weise und zogen sich dann unbemerkt zurück. — Beim Dorfe Serracavallo fand ein Kampf zwischen der bewaffneten Macht und einer Räuberbande statt. — Gestern Nachts wurde der Hesse des Herrn Davi, welcher sich zu Wagen auf der Straße bei Colli hierher begab, von einer Schaar Banditen weggeführt. — In S. Lorenzo verschwand ein gewisser Gambino Antonino spurlos. — Zwei Meilen von Monreale hielt eine Räuberbande die Heerstraße mehrere Stunden lang besetzt und plünderte Alle, die des Weges zogen, vollständig aus.“

[Räuber stellen sich freiwillig.] Laut Berichten aus Neapel erschienen am 7. Sept. zu Mianero vor dem die dort stehenden Truppen befehligen Offizier die Bandenführer Crocco, Rinco Nanco, Garuso und Tortona und verlangten sicheres Geleit für sich selbst, so wie für 250 Briganten, die bereit seien, sich den Behörden zu stellen. Von Mianero begaben sie sich nach Lagospole unter dem Rufe: „Es lebe Victor Emanuel!“ und unter Entfaltung der Nationalflagge.

Frankreich.

* Paris, 9. September. [Ministerrath.] — Die Florida. — König Georg.] Der Ministerrath wurde heute unter dem Vorsitz des Kaisers in den Tuilerien gehalten. Es fehlten in demselben bloß der Minister des kaiserlichen Hauses, Marschall Baillat, und der Kriegsminister, Marschall Randon. Der Finanzminister Fould

Vor der Börse.
 Rohes Rüßöl pr. Ctr. loco und Herbst 12½ Zhr. Br., pr. Frühjahr
 12½ Zhr. Br. Spiritus pr. Quart a 100 80 % Tralles loco und Herbst
 14½ Zhr. Br., Frühjahr 15½ Zhr. Br.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
 Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.